

Landesdelegiertenkonferenz  
19. April 2008  
Umweltforum – Jerusalemkirche  
Lindenstraße 85, 10969 Berlin

AntragstellerInnen:  
Irma Franke-Dressler  
Anja Schillhaneck  
Stefan Ziller  
Özcan Mutlu  
Volker Ratzmann  
Dirk Jordan

Gegenstand:  
Beschlussantrag

**B-1**

**Grüne**

1  
2  
3

4 **Grüne Wege zu „Schulen für Alle“ in Berlin**

5  
6

7 **Teil A**

8

9 **Eine „neue Schule“ für Berlin**

10

11 Unser Anspruch an das Berliner Bildungssystem ist hoch, unser Ziel ambitioniert: Wir wollen in  
12 Berlin ein Bildungssystem, das allen Menschen ermöglicht, die bestmögliche Bildung und  
13 Ausbildung zu erwerben - von der Kindertagesstätte über Schulen bis zu Hochschulen und der  
14 beruflichen Ausbildung. Bildung ist Voraussetzung dafür, erfolgreich einen Beruf zu ergreifen,  
15 ob HandwerkerIn oder AkademikerIn. Bildung versetzt jede und jeden Einzelnen in die Lage mit  
16 den immer schnelleren technologischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen  
17 selbstbestimmt umzugehen. Bildung entscheidet auch über die Möglichkeit zur  
18 gleichberechtigten Teilhabe an unserer Gesellschaft, nur wer gut ausgebildet ist, wird seine  
19 Interessen demokratisch vertreten, seine Chancen erkennen und wahrnehmen können.

20

21 Bildung ist ein Menschenrecht. Bildungsgerechtigkeit ist der Schlüssel zur Teilhabegerechtigkeit.  
22 In keinem anderen europäischen Land sind die Bildungschancen so ungleich verteilt und hängen

23 so stark von der sozialen Herkunft ab, wie in der Bundesrepublik. Die soziale Ausgrenzung in  
24 unserem Bildungssystem ist daher eines der größten Gerechtigkeitsprobleme. Das Recht auf  
25 gute Bildung muss für alle durchgesetzt werden, flächendeckend, nicht nur in einzelnen Modell-  
26 oder Leuchtturmschulen, mit denen sich die rot-rote Koalition schmückt, um so von größeren  
27 Problemen abzulenken.

28

29 Unsere grüne Antwort lautet: Wir wollen ein Bildungssystem in Berlin, dessen Kernstück Schulen  
30 für alle nach skandinavischem Vorbild sind. Gemeinsames Lernen und gleichzeitig individuelle  
31 Förderung sind der Weg zu Bildungsgerechtigkeit durch Bildungsqualität. Alle Untersuchungen  
32 und praktische Erfahrungen zeigen: Die besten Bildungserfolge für jedes einzelne Kind werden  
33 erzielt, wenn Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit, mit all ihren Stärken und all ihren  
34 Schwächen, mit all ihrer Neugier gemeinsam lernen und dabei eine umfassende individuelle  
35 Förderung erfahren.

36

37 Wir finden es unverantwortlich, alle Beteiligten weiter auf die grundlegende Reform warten zu  
38 lassen. Die Veränderung der Berliner Schulen muss jetzt beginnen - und zwar umfassend. Dazu  
39 gehören vor allem Veränderungen im rechtlichen Rahmen, eine veränderte Lehrerbildung und  
40 eine bessere Zusammenarbeit und Mitwirkung von allen an Bildungsprozessen Beteiligten:  
41 Eltern, Schule, SchülerInnen, Kitas und andere Bildungsinstitutionen.

42

43 Eine Schule für alle – von der Grundschule bis zum Abitur, eine Schule, in der die  
44 Lernschwachen und die Lernstarken gemeinsam gefordert und gefördert werden, das ist unser  
45 Ziel - eine Schule, die fest eingebunden ist in ihrem Stadtteil, als Ort des Lernens, als Ort des  
46 Austausches, als Ort der Kultur, eine Schule, auf der die Kinder bleiben, auch wenn sie  
47 Schwächen haben, eine Schule die alle voranbringt, statt zu selektieren.

48

#### 49 **Gute Bildung ist die Zukunft der gesamten Stadt**

50

51 Wir wollen, dass „Bildung made in Berlin“ zu einem Qualitätssiegel wird. Davon ist Berlin weit  
52 entfernt. Das vielgliedrige Schulsystem ist nachweislich nicht in der Lage, den jungen Menschen  
53 umfassend das notwendige Rüstzeug für ihr Leben zu vermitteln. Es schafft vor allem für Sonder-  
54 -und HauptschülerInnen besonders ungünstige Entwicklungsbedingungen. Für die Mehrheit der  
55 Schulabgängerinnen und Schulabgänger bleiben die Lernsituation an den mehr als 50 Berliner  
56 Hauptschulen und mehr als 80 Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkten und  
57 die anschließende Arbeitsmarktperspektive eine Katastrophe. Darin spiegelt sich nicht nur wider,  
58 wie das mehrgliedrige Schulsystem mit ‚Leistungsschwächeren‘ umgeht, sondern auch mit der

59 Option, vermeintlich unpassende, schwierige oder traditionell ‚nicht dazugehörende‘ Gruppen  
60 von SchülerInnen auszugrenzen und im gegliederten Schulsystem nach unten ‚durchzureichen‘,  
61 werden SchülerInnen nach ihrer sozialen Herkunft sortiert.

62

63 Wer jetzt nicht entschlossen den bisherigen HauptschülerInnen eine Perspektive bietet, wird  
64 weitere Generationen von SchülerInnen ihrer Zukunftschancen berauben. Bildungspolitische  
65 Inseln, die nur einigen wenigen neue Chancen bieten und eher der Befriedigung  
66 parteipolitischer Profilierungen dienen, sind keine Lösung. Viele Hauptschulen und die dort  
67 tätigen LehrerInnen und anderen Fachkräfte haben in den vergangenen Jahren  
68 Bewundernswertes geleistet, wenn es darum geht, für ihre SchülerInnen trotz alle dem  
69 Perspektiven und Chancen zu schaffen. Die Fallstricke des gegliederten Schulsystems können  
70 aber auch sie nicht wegräumen. Wir brauchen einen Umbau des Berliner Schulsystems, der zu  
71 mehr individueller Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit führt.

72

### 73 **Rahmenbedingungen schaffen**

74 Unser Ziel für Berlin steht fest: Schulen für alle nach skandinavischem Vorbild, die niemanden  
75 ausgrenzen. Dafür wollen wir Bündnisgrüne jetzt die Rahmenbedingungen schaffen:

76

77 - **Kein Abstufen, kein Abschieben, keine Bildungsgangempfehlung, keine äußere**

78 **Fachleistungsdifferenzierung mehr:**

79 Mit der Abschaffung von Sitzenbleiben und Probehalbjahr gilt, dass die Schule sich auf die  
80 SchülerInnen einstellen muss – und nicht mehr die SchülerInnen auf die richtige Schulform  
81 sortiert werden. Wenn alle Schulen trotz unterschiedlicher Profile und Schwerpunkte  
82 grundsätzlich Schulen für alle sind, sind Bildungsgangempfehlung, Sitzenbleiben und  
83 Probehalbjahr überflüssig.

84

85 - **Rechtliche Gleichstellung innerhalb der Schulstufen herstellen:**

86 Bislang gelten für die unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Schulstufen  
87 unterschiedliche Regelungen, von der Ausstattung bis zur Besoldung. Innerhalb der jeweiligen  
88 Schulstufen sollen alle Schulen die gleichen Bedingungen und Ausstattungen haben, um den  
89 SchülerInnen die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen.

90

91 - **Lehramtsausbildung grundlegend reformieren:**

92 Damit LehrerInnen die Anforderungen der künftigen Gemeinschaftsschule erfüllen können,  
93 brauchen sie das nötige Rüstzeug. Eine Differenzierung in Lehramtsstudiengänge nach  
94 Schularten ist mit der Auflösung der Schularten und der rechtlichen Gleichstellung erst recht

95 überflüssig. Die LehrerInnen der Zukunft sind Lernbegleiter und als solche für die Vermittlung  
96 von Wissensinhalten und der Schaffung guter Lernbedingungen zuständig. Das setzt breite  
97 fachlich-inhaltliche sowie pädagogische, didaktische und psychologische Kenntnisse voraus.  
98 Individuelle Förderung und Diagnosefähigkeiten sind fester Bestandteil ihrer Qualifikation.  
99 Verpflichtende Fort- und Weiterbildung sowie die Verzahnung von Studium, Referendariat und  
100 Berufseinstieg sind notwendig.

101

#### 102 - **Schulen besser und anders mit Personal ausstatten:**

103 Schule braucht nicht nur LehrerInnen, sondern auch weitere pädagogische Fachkräfte und  
104 Fachleute (HandwerkerInnen, KünstlerInnen u. a.).

105

#### 106 - **Neue Arbeitszeitmodelle für die neue Schule:**

107 Ein Arbeitszeitmodell, das an realen Arbeitszeiten und nicht allein an Unterrichtsstunden  
108 orientiert ist, ist längst überfällig. Und unsere Vorstellung von Präsenz vor Ort, wie sie in einer  
109 ganztägig arbeitenden Schule notwendig ist, ist nur umzusetzen, wenn die Ausstattung der  
110 Schulen so ist, dass sie Arbeitsplätze und Räume für die in ihnen Tätigen bereitstellt.

111

#### 112 **Voraussetzungen für integrative Schulen jetzt schaffen**

113

114 Eine gute Schule muss geprägt sein von wechselseitigem Respekt aller am Schulleben  
115 Beteiligten. Sie ist auch ein sozialer Erlebnisraum. Sie wird von Lehrkräften und anderem  
116 Fachpersonal, den Schüler/-innen und Eltern gemeinsam demokratisch gestaltet. SchülerInnen  
117 und Eltern müssen echte Teilhabe am Schulleben, Unterricht und den damit verbundenen  
118 Entscheidungen erhalten.

119

#### 120 **Eigenverantwortung von Schulen stärken und die Evaluation weiterentwickeln**

121

122 Eine Schule für alle SchülerInnen benötigt ein hohes Maß an Gestaltungsfreiheit, um auf ihr  
123 spezielles Umfeld und ihre SchülerInnen eingehen zu können und ein entsprechendes  
124 Schulprogramm zu entwickeln. Das betrifft die Gestaltung des Unterrichts und des Schulalltags,  
125 die schulinternen Lehrpläne, die Personalauswahl wie auch den flexiblen Einsatz der ihr zur  
126 Verfügung stehenden Sach- und Personalmittel. Mehr Freiheit für die Schule bedeutet aber  
127 auch mehr Verantwortung für die Lernerfolge ihrer SchülerInnen.

128

129 Schulen müssen laufend überprüfen, ob und wie sie ihre selbst gesetzten und die vorgegebenen  
130 Bildungsziele tatsächlich erreichen. Damit die durch Evaluation gewonnenen Erkenntnisse

131 wirksam werden können, brauchen Schulen verlässliche Rahmenbedingungen und effektive  
132 Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Selbstevaluation der Schulen muss durch  
133 regelmäßige externe Evaluation ergänzt werden. Die Entwicklung einer Evaluationskultur darf  
134 dabei nicht auf die Schulen beschränkt werden, sie muss auch die Schulaufsicht und die  
135 bezirklichen Schulämter einbeziehen.

136

### 137 **Jetzt Schulpersonal qualifizieren**

138

139 Um in Berlin zu schulstrukturellen Reformen zu gelangen ist es notwendig, jetzt mit der **Reform**  
140 **der Lehrerausbildung** zu beginnen. Die unsinnige Teilung in Grund-, Haupt- Real- und  
141 Gymnasiallehrer/in muss ein Ende haben. Das gegliederte, selektive Schulsystem darf sich nicht  
142 in den Köpfen der Lehrer/innen fortsetzen.

- 143 • sofortiger Beginn Lehramtsreform mit entsprechend neuem Curriculum, so dass wir in sechs
- 144 Jahren die ersten AbsolventInnen haben
- 145 • Vorziehen der Praxisphasen in der Lehrer/-innenbildung

146

147 Die **Fortbildung für Lehrer/-innen und Erzieher/-innen**, sowie für Sozialpädagog/-innen an den  
148 Schulen muss sich an den Aufgabenstellungen integrativer Schulen sowie den Zielen der  
149 individuellen Lernförderung, des produktiven Lernens im Projektunterricht, an der Befähigung  
150 der Schüler/-innen zum Selbstlernen und an der Sprachförderung orientieren.

- 151 • Erzieher/-innenausbildung auf Fachhochschulniveau anheben, Curriculum entwickeln
- 152 • Berufsbegleitende obligatorische Fort- und Weiterbildung für Lehrer/-innen und Erzieher/-  
153 innen strukturell verankern und befördern
- 154 • Entwicklung und regelmäßige Fortschreibung von schulinternen Fort- und  
155 Weiterbildungskonzepten durch jede Schule mit eigenem Fortbildungsbudget

156

157 Die **Personalplanung, -organisation und -ausstattung** der Schulen muss verändert werden. Die  
158 Schulplanung muss dem pädagogischen Konzept des individuellen Förderns und des  
159 integrativen Unterrichts folgen.

- 160 • Personalplanung zur Verjüngung der Lehrerschaft beginnen
- 161 • jetzt schon bei Lehrereinstellungen darauf achten, dass künftig gemischte Kollegien aus  
162 Lehrkräften für alle Schularten entstehen.
- 163 • Besoldung der Lehrkräfte an ihren Funktionen und nicht mehr an der Schulart ausrichten
- 164 • Personalverantwortung an die Schulen geben
- 165 • Einstellungsmodalitäten für Lehrkräfte entbürokratisieren

166 • dauerkranke Lehrkräfte außerhalb des Unterrichts einsetzen

167

168 Die **Schulleitungen** müssen sich in Bezug auf schulorganisatorische Fragen wie rhythmisierten  
169 Ganztagsunterricht, Einbindung gesellschaftlicher Akteure in die Schule, Elternarbeit etc. weiter  
170 qualifizieren.

171 • Weiterbildungsstudiengang für Schulleiter/-innen entwickeln

172 • Verpflichtende Weiterbildung für Mitglieder der Schulleitung in Personalplanung und  
173 Organisationsentwicklung sowie in der Anwendung und Durchführung der internen und  
174 externen Evaluation festschreiben.

175 • Schulleiter/-innen zu Schulmanager/-innen qualifizieren

176

### 177 **Schule zu Orten des Lernens und Lebens machen**

178

179 Die Berliner Schulen brauchen eine klare Zielsetzung in der Lern- und Unterrichtskultur. Die  
180 Unterschiedlichkeit der Kinder und Jugendlichen ist der Ausgangspunkt aller  
181 Wissensvermittlung. Lerninhalte, Lernformen und Lerntempo müssen sich an den Kompetenzen  
182 orientieren, die Kinder und Jugendliche mitbringen und für ihre private und berufliche Zukunft  
183 brauchen.

184 • Übergang von Kita zu Schule durch Kooperationen Kita – Grundschulen verbessern

185 • Kooperation von Schule und Freien Trägern der Jugendhilfe stärken

186 • Unterstützung der Weiterentwicklung von Schulkooperationen und Schulprofilen

187 • Förderung der Mehrsprachigkeit z. B. durch Tandemschulmodelle

188 • Schulen Budgets für projektbezogene Zusammenarbeit mit externen Fachleuten (Künstlern,  
189 Handwerkern, Wissenschaftlern etc.) zuweisen

190 • lernförderliche Umgebungen schaffen: Pausenhöfe mit viel Grün und Bewegungsangeboten  
191 ausstatten, die zum Ausruhen und zum Herumtoben einladen

192 • intakte Gebäude und hygienische Sanitäreinrichtungen als Grundvoraussetzung herstellen

193 • gute technische Ausstattung, insbesondere im Bereich der Neuen Medien

194 • Gesundes Essen und warme Mahlzeiten

195 • Der Einsatz regenerativer Energien und der Umgang mit Energieeffizienz muss ein wichtiger  
196 Bestandteil einer projektbezogenen Bildung mit ökologischen Lerninhalten sein

197

### 198 **Entwicklung der „kleinen“ Gemeinschaftsschule von Anfang an**

199

200 Die 6-jährige Grundschule, also die kleine Gemeinschaftsschule, muss in Berlin gestärkt werden,  
201 sonst wird jede weitere Reform obsolet. Dies kann aber nur gelingen, wenn in der Grundschule  
202 die individuelle Förderung optimal ermöglicht wird. Einer Abstimmung der Eltern mit den Füßen  
203 kann nur mit einer Qualitätsverbesserung entgegen gewirkt werden. Eine erfolgreiche  
204 Weiterentwicklung der positiven Ansätze in der Grundschule löst die Hälfte der Probleme in der  
205 Sekundarstufe I.

206 Dazu müssen u.a. die begonnenen Reformen, insbesondere die Ganztagsbetreuung und die  
207 flexible Schuleingangsphase solide ausfinanziert und umgesetzt werden. Bündnis 90/Die  
208 Grünen fordern auch, dass die notwendigen sonderpädagogischen Hilfen für die Grundschule  
209 von der 1. Klasse an bereitgestellt werden.

210 Außerdem sollen Grundschulen ermuntert werden, ihr pädagogisches Konzept bis zur 10. Klasse  
211 ausbauen, so dass alle SchülerInnen der 6. Klasse ohne Auswahl in die 7. Klasse der Schule  
212 übergehen können. So kann sich eine Gemeinschaftsschule von unten entwickeln.

- 213 • Personalkontinuität und Unterrichtssicherheit herstellen
- 214 • Doppelbelegung von Schulräumen abschaffen
- 215 • jahrgangsübergreifenden Unterricht durch Stärkung der personellen Ressourcen fördern
- 216 • Bildungsgangempfehlung abschaffen
- 217 • flächendeckend Ganztagsunterricht in echten Ganztagschulen mit entsprechender  
218 rhythmisierter Ausgestaltung einführen und finanzieren
- 219 • Personal- und Sachmittel für Schulen mit höherem Förderbedarf ihrer Schüler/-innen und von  
220 Schulen in sozialen Brennpunkten verstärken
- 221 • Einschulungsbereiche in den Bezirken erweitern, z.B. durch Schulsprengel oder Schulbezirke

222

223 **Schulen von innen verändern –**

224 **Alle Schulen für die gemeinsame Erziehung öffnen**

225

226 Zu den negativen Entwicklungen des gegliederten Schulwesens gehört auch die Bildung der  
227 Sonderschulen für „Lernen“ und für „Emotionale und soziale Entwicklung“, die jetzt unter dem  
228 Deckmantel der Förderschulen firmieren. Mindestens diese beiden gehören abgeschafft. Sie  
229 werden ihrem vermeintlichen Förderanspruch nicht gerecht, obwohl sie zu den teuersten  
230 Schularten zählen.

231 Bündnis 90/Die Grünen wollen erreichen, dass sich alle Schularten für die gemeinsame  
232 Erziehung für Kinder mit und ohne Behinderungen öffnen. Dazu soll der § 37 (3) des  
233 Schulgesetzes (SchulG) so geändert werden, dass sich die Schulen nicht mit Vorwänden dieser  
234 Aufgabe entziehen können. Der immer noch bestehende Finanzvorbehalt und die faktische  
235 Unterfinanzierung der gemeinsamen Erziehung muss durch Erhöhung der Haushaltsansätze

236 überwunden werden. Bündnis 90/Die Grünen sind auch hier bereit, für diese Aufgabe mehr  
237 Geld zielgerichtet auszugeben.

238

239

240 **Finanzen**

241

242 Eine so gravierende Veränderung der Berliner Schule ist nicht zum Nulltarif zu haben. Bündnis  
243 90/Die Grünen sind bereit, diese auch mit der Konsequenz für den Berliner Landeshaushalt zu  
244 fordern.

245

246

247 **Teil B**

248

249 **Wege zur Gemeinschaftsschule**

250

251 Wir wissen, dass der Weg zu dieser neuen, integrativen Schule tiefgreifende inhaltliche und  
252 strukturelle Veränderungen voraussetzt. Eine neue Lehr- und Lernkultur, zeitgemäß  
253 ausgebildete Lehrkräfte mit entsprechenden Fähigkeiten für eine integrative Pädagogik und die  
254 Überwindung des vielgliedrigen Schulsystems. Diese Veränderungen können nur umgesetzt  
255 werden, wenn sie von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen akzeptiert und getragen werden.  
256 Vertrauen in die Veränderungsprozesse ist hier entscheidend. Vertrauen, dass die neue Schule  
257 besser ist als unser vielgliedriges selektives Schulsystem mit Hauptschule, Realschule,  
258 Gesamtschule, Sonderschule und Gymnasium. An diesem Vertrauen fehlt es – noch.

259

260 Alternative A:

261

262 Die größten Probleme der Berliner Schule liegen zurzeit in der Sekundarstufe I (Klasse 7-10). Sie  
263 bündeln sich an den Hauptschulen, wirken aber in alle Schularten. Alle Konzepte zur Einführung  
264 der Gemeinschaftsschule müssen sich daher daran messen lassen, ob sie auch eine Lösung für  
265 alle Hauptschulen in der nächsten Legislaturperiode beinhalten.

266 Wir brauchen eine neue Perspektive für den Umbau des Berliner Schulsystems, die zu mehr  
267 individueller Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit für alle führt. Der größte Widerstand  
268 gegen Reformen kommt aus den Gymnasien - eine Schulform, die sich in der Vergangenheit am  
269 wenigsten bewegt hat.

270 Mit dem **Modellversuch: Gemeinschaftsschule** hat der rot-rote Senat den Prozess zur  
271 Einführung der Gemeinschaftsschule als Schule für Alle in Berlin angestoßen. Die jetzt  
272 entstehenden Gemeinschaftsschulen sind ein Bestandteil des notwendigen Umbauprozesses des  
273 Berliner Schulsystems. Je erfolgreicher die Schulen des Modellversuchs sind, umso leichter wird  
274 es sein, die notwendige gesellschaftliche Umorientierung auf Schulen für Alle zu erreichen. Wir  
275 begrüßen daher jede Schule, die sich so auf den Weg macht, und wollen ihre Erfahrungen und  
276 Potentiale für den Umbau des Berliner Schulwesens nutzen.

277 Um **aus den einzelnen Gemeinschaftsschulen ein flächendeckendes Angebot** zu machen, wollen  
278 wir, dass ab einem bestimmten Stichtag in der kommende Legislaturperiode die Haupt-, Real-  
279 und Gesamtschulen ohne Oberstufe, auslaufen. An Ihre Stelle entstehen neue  
280 Gemeinschaftsschulen, die alle pädagogischen Elemente, die jetzt in dem Modellversuch  
281 Gemeinschaftsschule vorgesehen sind beinhalten. Sie sind Ganztagschulen, die integrativ  
282 arbeiten und dem Prinzip der individuellen Förderung aller SchülerInnen verpflichtet sind. Es  
283 unterrichten dort bis zu einer umfassenden Lehrerausbildungsreform Lehrer/-innen aller  
284 Schularten in ausgewogenem Verhältnis, später die Stufenlehrer/-innen für die SEK I.

285 Ebenfalls in der nächsten Legislaturperiode soll es die **schulrechtliche Gleichstellung aller Schulen**  
286 **in der Sekundarstufe I** (Klasse 7 – 10) geben. Dies trifft insbesondere das Gymnasium, das seine  
287 besondere Stellung nicht nur der großen Nachfrage verdankt, sondern vielen schulrechtlichen  
288 und schulpolitischen Vorrechten, die in keiner Weise gerechtfertigt sind. Obwohl sich aktuell  
289 auch die Kritik an der traditionellen Arbeitsweise des Gymnasiums verstärkt, ist der Andrang  
290 unvermindert hoch. Durch die Verkürzung der Schulzeit wird aber nun deutlich, was vorher  
291 nicht im Mittelpunkt des Interesses stand: das Gymnasium ist unfähig – und in der Mehrzahl  
292 auch unwillig – sich auf die Heterogenität seiner Schülerschaft einzustellen.

293 Schulrechtliche Gleichstellung heißt für uns: **Alle Schulen sind gleichberechtigt und in ihrer**  
294 **Grundausstattung gleich**. Überkommene Privilegien wie unterschiedliche Stundendeputate der  
295 Lehrer/-innen, Probehalbjahr, Abschulung, Sitzen bleiben u.a. werden abgeschafft. Das  
296 Gymnasium wird in dem Reformprozess eingebunden und in der bisherigen Form nicht mehr  
297 fortbestehen. Die Unterschiede zwischen den Schulen werden so in Zukunft nicht durch die  
298 Schulart definiert, sondern durch die Schulprofile. Kein(e) Schüler/-in muss vor Ende der 10.  
299 Klasse entscheiden, ob er/sie direkt das Abitur auf einer Schule anstrebt oder später nach einer  
300 beruflichen Ausbildung. Interne und externe Evaluation, Vergleichsarbeiten und die Ergebnisse  
301 der (inter)nationalen Schulleistungstests werden den Eltern und den Jugendlichen helfen, eine  
302 angemessene Schulwahl zu treffen.

303 Durch die Angleichung der Rahmenbedingung und vollständigen schulrechtlichen  
304 Gleichstellung soll es keinen Unterschied mehr machen, ob jemand auf die  
305 Gemeinschaftsschule, das Gymnasium oder die Gesamtschule geht. Die verschiedenen Wege

306 zum individuell unterschiedlichen Ausbildungsziel sind gleichberechtigt. So kann die  
307 **Vielgliedrigkeit des bestehenden Schulsystems überwunden und eine neue Hierarchie einer**  
308 **Zweiggliedrigkeit vermieden werden**, ohne die alten Grabenkämpfe um die Schularten  
309 wiederzubeleben oder alles so zu ändern, dass sich niemand mehr zurechtfindet und mitgehen  
310 kann.

311 Wir wollen den Eltern und Schüler/-innen Wahlfreiheit beim pädagogischen Profil, nicht aber  
312 bei sozialen Privilegien geben und ihnen zeigen, dass auf der neuen Schule für Alle besser auf  
313 das Leben und seine Anforderungen vorbereitet wird. Wir sind überzeugt, diesen Wettbewerb  
314 werden die neuen Schulen für Alle gewinnen

315 Damit die Gemeinschaftsschule das Vertrauen der Eltern und Schüler/-innen gewinnt, muss es  
316 u. a. klare Leistungsstandards geben, müssen die Lernfortschritte, Erfolge und Misserfolge gut  
317 dokumentiert werden, muss die Förderung besonders talentierter und / oder speziell motivierter  
318 Schüler/-innen gelingen, muss klar sein, wie der Fachunterricht unter Bedingungen  
319 heterogenerer Lerngruppen optimiert wird, welche Fortbildung dafür schulintern entwickelt und  
320 wie der Transfer für eine erfolgreiche Praxis organisiert wird.

321 Zu der vollständigen schulrechtlichen Gleichstellung gehört auch, dass jede Schule der  
322 Sekundarstufe I auch den Übergang zur Oberstufe ermöglicht. Dafür werben wir für ein  
323 **„College-Modell“** von eigenständigen dreijährigen Oberstufen. Solange es dies noch nicht gibt,  
324 soll es feste Verbände von Schulen der Sekundarstufe I mit Oberstufen geben, wenn die  
325 Oberstufe nicht auf dem Schulstandort vorhanden ist.

326 Wenn sich die neuen Gemeinschaftsschulen etabliert haben und Gymnasien ohne Sonderstatus  
327 lernen, für alle erfolgreich zu sein, ist es unseres Erachtens nur eine Frage der Zeit, bis die  
328 Mehrheit der Eltern versteht, dass sich die Unterschiede zwischen den Schulen nicht an dem  
329 Schulschild festmachen lassen, sondern an dem Profil und dem Ethos einer Schule. Dann wird es  
330 auch möglich sein, auf die unterschiedlichen Schularten in der Sekundarstufe I zu verzichten und  
331 wie bei der Grundschule nur noch eine Schulart für Alle zu haben, ohne dass einer/eine auf die  
332 Idee kommt, diese Schule als Einheits(brei)schule zu diffamieren.

333 Unser grüner Weg zur Gemeinschaftsschule ist also, dass **möglichst bald alle Schulen nach dem**  
334 **Konzept der gemeinsamen Schule für Alle arbeiten** und dass in einem späteren Schritt dann die  
335 noch formal bestehenden unterschiedlichen Türschilder entbehrlich werden. Alle Schulen sind  
336 für alle Schüler/-innen offen und für alle verantwortlich. Wir wollen die Berliner Schule  
337 befähigen, dieses Ziel zu erreichen.

338 Für die Schülerinnen und Schüler der auslaufenden Bildungsgänge ist Sorge zu tragen, dass sie  
339 durch umfassende Förderung und Fortsetzung der begonnenen pädagogischen Reformen ihren  
340 angestrebten Schulabschluss erreichen und erfolgreich in eine Berufsausbildung oder in  
341 weiterführende Bildungsgänge einmünden

342

343 Alternative B:

344

345 Dieses Vertrauen lässt sich nur dadurch schaffen, dass der Prozess vernünftig vorbereitet und  
346 transparent gestaltet wird, und alle Beteiligten mitnimmt. Dazu gehört auch eine gründliche  
347 Vorbereitung für Schulen und Lehrkräfte – ohne die wird die große Reform nichts! Damit diese  
348 in einem akzeptablen Zeitraum in Berlin gelingt, muss jetzt begonnen werden.

349

350 Im ersten Schritt werden das Probehalbjahr in der Sekundarstufe I und das ‚Abschulen‘ in den  
351 jeweils niedrigeren Bildungsgang sowie das Sitzenbleiben aufgehoben. Die äußere  
352 Fachleistungsdifferenzierung wird aufgehoben. Gleichzeitig muss der Umbau der  
353 Lehrerkollegien in Angriff genommen werden: Bei Einstellungen wird nicht mehr  
354 schulartenspezifisch ausgeschrieben; LehrerInnen werden dazu ermuntert, auf freiwilliger Basis  
355 an andere Schularten als die, für die sie ausgebildet sind, zu wechseln. Dies ist durch  
356 Fortbildungsangebote zu unterstützen. Die Lehrerbildung wird so umgestellt, dass in ca. sechs  
357 Jahren die ersten echten ‚GemeinschaftsschullehrerInnen‘ ihren Studienabschluss haben.

358

359 Als nächster Schritt wird die Bildung von Verbänden zwischen Grund- und Oberschulen sowie  
360 verschiedenen Oberschulen betrieben. Alle Schulen, die eine Mittelstufe anbieten, suchen sich  
361 eine Partnerschule, an der die Hochschulreife erlangt werden kann. Alle Grundschulen gehen –  
362 zu ihrem jeweiligen Profil passende – Partnerschaften ein, die ermöglichen, dass ganze  
363 Schulklassen jeweils gemeinsam auf eine Oberschule wechseln können.

364

365 Die bündnisgrüne Gemeinschaftsschule ist keine Einheitsschule, sondern bietet die Möglichkeit  
366 vielfältiger Schulprofile. Diese müssen ausgestaltet werden, bevor der Zeitpunkt der formalen  
367 Umstellung kommt, damit alle wissen, worauf sie sich einlassen. Dies ist eine Aufgabe an der  
368 Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und andere an der Schule (und im Kiez) beteiligt sein müssen.

369

370 Als letzter, aber bedeutsamer Schritt kommt die rechtliche Gleichstellung aller Schularten einer  
371 Schulstufe. In Abhängigkeit von den Vorbereitungen und davon, wie schnell die  
372 organisatorischen Voraussetzungen (Ausstattung, LehrerInnenausbildung und -fortbildung etc.)  
373 geschaffen sind, werden dann keine Schulklassen in den Bildungsgängen Haupt-, Gesamt-,  
374 Realschule oder Gymnasium mehr eingerichtet. Alle neuen Klassen sind dann  
375 Gemeinschaftsschulklassen - und heißen auch so!